

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

12.3.1862 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 12. März.

N. 60.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Telegramme.

△ Berlin, Dienstag 11. März. Durch königl. Ordre vom heutigen, gegengezeichnet von sämmtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums, mit Ausnahme v. Bethmann-Hollweg, wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst und das Herrenhaus vertagt. Die Versammlung trennte sich mit einem dreimaligen Hoch auf den König.

Polnische Grenze, 10. März. (A. Z.) Am gestrigen Jahrestage der Thronbesteigung enthielt ein Extrablatt der Dziennik 41 Straßbefreiungen, 32 Milderungen sämmtlich leichter Vergehungen. Warschau ist ruhig.

Weimar, 10. März. (A. Z.) Der Landtag hat mit Majorität den Antrag auf Aufhebung der nach den bekannten Bundesbeschlüssen ergangenen Gesetze über Press- und Vereinswesen angenommen.

Paris, 10. März. (Mannh. Z.) In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers antwortete der Minister Baroche auf eine Interpellation Darimon's über die jüngsten Verhaftungen. Er sagte: Wollte ich die Debatten leidenschaftlich machen, so würde ich der Kammer Tatsachen mittheilen, worüber die Justiz eben Untersuchung anstellt. Man hat das Programm der künftigen Regierung beschlagnahmt, in welchem Stellen enthalten sind: „Fort mit dem Kaiserreich! Fort mit dem Kaiser! Künftighin wird der Staat allein die verstorbenen Bürger beerben.“ Baroche hofft, die Verhafteten werden sich rechtfertigen, da sonst die Artikel fünf und sechs des Sicherheitsgesetzes gegen sie angewendet werden müssen.

*** Madrid, 8. März.** Die von der „Patrie“ gebrachte Nachricht, die Regierung beabsichtige General Prim zurückzurufen, ist falsch. Mehrere spanische Prälaten werden sich nach Rom begeben.

Wien, 10. März. (A. Z.) Der Gemeinde-Gesetzentwurf wurde sanctionirt.

Magusa, 10. März. (A. Z.) Die Unterhandlungen sind an Wulalovich's zu weit gehenden Forderungen gescheitert. Die türkischen Truppen rücken heute gegen Zujbi vor.

*** Alexandria (Egypten), 9. März.** Der Vize-König hat mit dem Haus Dyppeheim den Vertrag wegen eines Anlehens von 40 Millionen Franken unterzeichnet. Die von der ägyptischen Regierung zu Rath gezogenen alexandrinischen Bankiers erklärten, daß die Serghis eine von den Schatzscheinen verschiedene Gattung Titel von geringerer Werthe ist.

*) Aus einem gestern (11. d.) Nachmittags expedirten Extrablatt wiederholt.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 10. März. Neunte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitze des durchlauchtigsten Präsidenten, des Hrn. Fürsten Wilhelm zu Löwenstein.

Auf der Regierungsbank: Der Staatsminister der Justiz, Hr. Geh. Rath Dr. Stäbel; der Präsident des Handelsministeriums, Hr. Geh. Rath Dr. Weizel; die Hh. Ministerialräthe v. Freyrdorf und Nicolai.

Das hohe Präsidium macht einige Mittheilungen der Zweiten Kammer bekannt, und theilt ferner mit, daß Hr. v. Göller wegen Augenleiden um Urlaub auf unbestimmte Zeit bitte; die Kammer ertheilt denselben.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf folgender Petitionen an:

1) Bitte der Bezirke Messkirch, Radolfzell und Stockach, die Erbauung einer Eisenbahn von Radolfzell nach Messkirch zum Anschluß an die projektierte Donaubahn.

2) Bitten um Untersuchung der Eithallmie beaufs. Erbauung einer Schwarzwaldbahn von den Gemeinden Furtwangen (sowie dem Komitee für eine Eithal-Schwarzwaldbahn Eisenbahn daselbst), Schönenbach, Neufirch, Breggenbach, Hammerreienbach, Bubenbach, Langenbach und Böhrenbach.

Der Präsident eröffnet die Diskussion des Kommissionsberichts über den Gesetzentwurf, die Aufhebung des Lebensverbandes betr.

Graf v. Berlichingen ist bei dem vorliegenden Gesetze nicht betheilig, da er seine Lehen längst abgelöst hat. Er hat den Gesetzentwurf an sich mit Freude begrüßt; er findet ihn für die Vasallen in mancher Beziehung wohlwollend. Allein die in §. 3 aufgestellten Taren seien zu hoch und drückend und deren Herabsetzung nach dem Kommissionsantrag deshalb begründet.

Zwei Punkte vermisse er jedoch in dem Gesetzentwurf und in dem Kommissionsbericht, daß kein Unterschied gemacht werde, ob der Lehenherr oder der Vasall kündige, und daß nicht zwischen eigentlichen und aufgetragenen Lehen unterschieden werde. Den ersten Punkt anbelangend werde ja auch in andern Ablösungsgesetzen, z. B. beim Erbstand, der Schäfereigenschaft, ein Unterschied gemacht; warum nicht auch hier? Den zweiten Punkt betreffend, seien die aufgetragenen Lehen nie Eigentum des Lehenherrn gewesen, und dieser könne zudem seinen Verpflichtungen heute nicht mehr nachkommen, was wohl zu berücksichtigen gewesen wäre. Freilich wäre bei diesen Lehen sehr schwierig gewesen, nachzuweisen, ob sie eigentliche oder aufgetragene Lehen seien, und da der Kommissionsantrag, auf Recht und Billigkeit gegründet, annehmbar erscheine, wolle er keinen besondern Antrag stellen, sondern den Kommissionsantrag empfehlen, dem er vollkommen beistimme.

Bezüglich eines Passus in der Begründung des Gesetzentwurfs, der wohl zunächst die Beiträge zu den Gemeindefürsorge im Auge habe, wolle er noch den Wunsch und die dringende Bitte an die Regierung richten, daß bei Privatvereinbarungen der landfällige Adel dem reichsunmittelbaren gleich behandelt werde.

Die Rechte beider seien im Grunde genommen dieselben; der Mangel des Rekursrechts an den Bund begründe keine Zurücksetzung des landfälligen Adels.

Eine Regelung der Beiträge der Grundherren zu den Gemeindefürsorge sei notwendig; er wünsche der Regierung den besten Erfolg bei Privatvereinbarungen zu diesem Zweck; ja er gestehe ihr das Recht zu, einseitig in dieser Sache vorzugehen, wenn sie die Nichtverpflichtung, zu den Gemeindefürsorge beizutragen, so zu behandeln, wie jedes andere Eigentum, nämlich es durch Expropriation acquirire. Manche Ehrenrechte, die den Grundherren in der Gemeinde noch zustehe, lassen sich freilich nicht abschaffen noch abkaufen, weil es Ehrenrechte seien; ein Verzicht darauf werde enge mit den Stellung im Zusammenhang stehen, die die Regierung der Grundherren überhaupt einzuräumen gedenke. Eine Aenderung hierin sei nicht nöthig, und der Redner wünsche, die Regierung möge auch hierüber bald eine Gesetzesvorlage machen, die Alle befriedige.

Hr. v. Tärchheim hat nicht das Glück, bei dem Gesetze nicht persönlich interessiert zu sein; denn er sei Lehenbesitzer. Er habe dies in der Kommission geltend gemacht, diese aber ihn dennoch zum Berichterstatter gewählt, weil eben ein Betheiligter die Verhältnisse am besten kennen müsse. Er will nur bemerken, daß die Kommission es streng vermeiden zu müssen geglaubt habe, eine Frage heranzuziehen, die nicht speziell auf das Gesetz Bezug habe.

Hr. v. Stözingen hat bei Einbringung des Gesetzes geglaubt, die Regierung wolle jene Mitglieder des Adels, die im Besitz von Lehen sich befänden, für die vielen Verluste, die sie durch Ablösungen verschiedener Art erlitten, durch das Gesetz einigermaßen entschädigen. Dies sei aber nicht der Fall. Denn es sei nicht billig, daß auch der Lehenherr aufständigen könne und nicht einmal ein Unterschied gemacht werde, ob der Lehenherr oder der Vasall kündige.

Die Motivierung der Regierungsvorlage mache aber die Sache noch schmerzlicher. Die wenigen Vorrechte, die der Adel noch habe, seien zum Handelsgegenstand gemacht und das Gesetz dazu bestimmt, ihm dieselben abzunehmen; denn es könne eine Familie in einer Lage sein, daß sie auf alle Bedingungen eingehen müsse, wenn die Kündigung Seitens des Lehenherrn erfolge.

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

reigerechtigkeit, ein Unterschied gemacht; warum nicht auch hier? Den zweiten Punkt betreffend, seien die aufgetragenen Lehen nie Eigentum des Lehenherrn gewesen, und dieser könne zudem seinen Verpflichtungen heute nicht mehr nachkommen, was wohl zu berücksichtigen gewesen wäre. Freilich wäre bei diesen Lehen sehr schwierig gewesen, nachzuweisen, ob sie eigentliche oder aufgetragene Lehen seien, und da der Kommissionsantrag, auf Recht und Billigkeit gegründet, annehmbar erscheine, wolle er keinen besondern Antrag stellen, sondern den Kommissionsantrag empfehlen, dem er vollkommen beistimme.

Bezüglich eines Passus in der Begründung des Gesetzentwurfs, der wohl zunächst die Beiträge zu den Gemeindefürsorge im Auge habe, wolle er noch den Wunsch und die dringende Bitte an die Regierung richten, daß bei Privatvereinbarungen der landfällige Adel dem reichsunmittelbaren gleich behandelt werde.

Die Rechte beider seien im Grunde genommen dieselben; der Mangel des Rekursrechts an den Bund begründe keine Zurücksetzung des landfälligen Adels.

Eine Regelung der Beiträge der Grundherren zu den Gemeindefürsorge sei notwendig; er wünsche der Regierung den besten Erfolg bei Privatvereinbarungen zu diesem Zweck; ja er gestehe ihr das Recht zu, einseitig in dieser Sache vorzugehen, wenn sie die Nichtverpflichtung, zu den Gemeindefürsorge beizutragen, so zu behandeln, wie jedes andere Eigentum, nämlich es durch Expropriation acquirire. Manche Ehrenrechte, die den Grundherren in der Gemeinde noch zustehe, lassen sich freilich nicht abschaffen noch abkaufen, weil es Ehrenrechte seien; ein Verzicht darauf werde enge mit den Stellung im Zusammenhang stehen, die die Regierung der Grundherren überhaupt einzuräumen gedenke. Eine Aenderung hierin sei nicht nöthig, und der Redner wünsche, die Regierung möge auch hierüber bald eine Gesetzesvorlage machen, die Alle befriedige.

Hr. v. Tärchheim hat nicht das Glück, bei dem Gesetze nicht persönlich interessiert zu sein; denn er sei Lehenbesitzer. Er habe dies in der Kommission geltend gemacht, diese aber ihn dennoch zum Berichterstatter gewählt, weil eben ein Betheiligter die Verhältnisse am besten kennen müsse. Er will nur bemerken, daß die Kommission es streng vermeiden zu müssen geglaubt habe, eine Frage heranzuziehen, die nicht speziell auf das Gesetz Bezug habe.

Hr. v. Stözingen hat bei Einbringung des Gesetzes geglaubt, die Regierung wolle jene Mitglieder des Adels, die im Besitz von Lehen sich befänden, für die vielen Verluste, die sie durch Ablösungen verschiedener Art erlitten, durch das Gesetz einigermaßen entschädigen. Dies sei aber nicht der Fall. Denn es sei nicht billig, daß auch der Lehenherr aufständigen könne und nicht einmal ein Unterschied gemacht werde, ob der Lehenherr oder der Vasall kündige.

Die Motivierung der Regierungsvorlage mache aber die Sache noch schmerzlicher. Die wenigen Vorrechte, die der Adel noch habe, seien zum Handelsgegenstand gemacht und das Gesetz dazu bestimmt, ihm dieselben abzunehmen; denn es könne eine Familie in einer Lage sein, daß sie auf alle Bedingungen eingehen müsse, wenn die Kündigung Seitens des Lehenherrn erfolge.

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

Der Redner sieht in dem Gesetze nur einen neuen Schlag, der den Adel und indirekt dieses hohe Haus treffe, und kann demselben nicht zustimmen. (Fortf. folgt.)

wirkung einer allgemeinen Amnestie für die an den Anständen von 1848 und 1849 Betheiligten; übergeben vom Abg. Kimmig.

10) Wiederholte Bitte des Gemeinderaths und engeren Ausschusses der Stadt Eberbach um Rückgabe der bei der allgemeinen Entwaffnung im Juni 1849 dort abgenommenen Waffen; übergeben vom Abg. Schaaff.

11) Bitte des Gemeinderaths von Buchen, die Abschaffung der Wafenmeisterei betr.; übergeben durch den Abg. Spohn.

12) Bitte einer Anzahl von Wittwen großh. Staatsdiener um Erhöhung ihrer Wittwenkasse- und Pensionsgehälte; übergeben vom Abg. Fried.

13) Bitte der Gemeindevorsteher des Amtsbezirks Eberbach, Einführung von Kommunalsschulen betr.; übergeben vom Abg. Schaaff.

14) Bitte mehrerer Gemeinden des 2. Wahlbezirks um Abänderung des Gesetzes vom 19. März 1858, die anderweite Bestimmung der Accise und des Dymgelbes vom Wein betr.; übergeben vom Abg. Schwarzmann.

15) Bitte des Rechtsanwalts Katterner von Mosbach, zur Zeit in Heidelberg, Entschädigung wegen Suspension von der Anwaltschaft betr.; übergeben vom Abg. Allmann.

16) Bitte des Gemeinderaths und engeren Ausschusses der Stadt Eberbach für die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten; übergeben vom Abg. Schaaff.

17) Lithographirte Petitionen gegen die Gleichstellung der Israeliten von den Gemeinden Rappurr, A. Karlsruhe, übergeben vom Abg. v. Stöckhorn; Sterten, Bühl v. A. Waldshut, übergeben vom Abg. Rutschmann; Heitersheim, v. A. Stausen, übergeben vom Abg. Federer; Schriesheim, v. A. Ladenburg, übergeben vom Abg. Mays; Hochhausen, v. A. Mosbach, übergeben vom Abg. Fröhlich; Kirchzarten, v. A. Freiburg, übergeben vom Abg. Kapferer; Wolfenweiler, v. A. Freiburg; Schönach, v. A. Triberg; Ehrsbach, Böllen, Präg, Hg. v. A. Schönau; Oberparmersbach, v. A. Gengenbach; Bodensweiler, Vinx, Zieroldshofen und Hausgereuth, v. A. Korf; Redareis, v. A. Mosbach; Vohlsbach, v. A. Offenburg; Dorlanden, v. A. Karlsruhe; Fürstberg, v. A. Donaueschingen, und eine gleichlautende geschriebene Petition der Gemeinde Eberweier, Amts Offenburg; sämmtlich eingekommen beim Sekretariat.

Der Präsident bringt einige geschäftliche Mittheilungen der Ersten Kammer zur Kenntniss; die Abgg. Moll und Fauler erhalten auf einige Tage Urlaub; die Abgg. Schmitt und Achenbach zeigen druckfertige Berichte an.

Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, legt der Kammer hierauf einen Gesetzentwurf über die Aufstellung der Ersatzmannschaft vor.

Als Regierungskommissäre hiefür sind Oberleutnant Götz und Ministerialrath v. Dusch ernannt.

Den Wortlaut des Gesetzentwurfs werden wir nachtragen.

In der kurzen Begründung, welche der Präsident des Kriegsministeriums der Vorlage hinzufügte, bemerkte derselbe, die Verpflichtung zum Kriegsdienste sei bereits an eine Grenze gediehen, wo die Regierung es endlich in Erwägung ziehen zu sollen glaube, ob nicht eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen sei. Dem nächsten Landtag würde ein dahin zielendes Gesetz vorgelegt werden, dessen Grundzüge allgemeine Wehrpflicht bei einer Dienstzeit von 4—5 Jahren und mit der Einrichtung der Einsteher bilden würde.

Die Tagesordnung führt zur Verathung des Berichts des Abg. Fischer über das Budget des großh. Finanzministeriums für die Jahre 1862 und 1863, und zwar zunächst I. Kameraldomänenverwaltung. Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Lenz bezüglich der Verzinsung der Grundstockkapitalien, sowie des Abg. Friderich und des Präsidenten des Finanzministeriums, Geh. Rathes Vogelmann, wird der Kommissionsantrag, die Einnahmen mit jährlich 1,345,724 fl., die Ausgaben mit jährlich 742,080 fl., die Reineinnahme mit 603,644 fl. für jedes der Jahre 1862 und 1863 genehmigen zu wollen, angenommen.

II. Forstdomänenverwaltung. Hier veranlaßt eine Bemerkung der Kommission, sie müsse es bedauern, daß die um 300,000 fl. erhöhte, aus dem Verkauf von Holz herührende Einnahme nicht eine Steuererminderung im Gefolge gehabt habe, eine kurze Diskussion, an der sich die Abgg. Schaaff, Friderich, Kirsner, sowie der Präsident des großh. Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann, und der Berichterstatter Fischer betheiligen. Die Abgg. Friderich und Hoffmeister befrworten, der Letztere namentlich in Beziehung auf die Hardtgemeinden, eine größere Ausdehnung der Streuverwilligung. Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann, bemerkt hierauf: Die Streuabgabe sei in liberaler Weise geregelt; Klagen über eine zu geringe Streuabgabe seien nur in dem Fall vorgekommen, wo die Landwirthe ihre ganze Wirthschaft auf die Waldstren einrichteten, wie es leider in der Pfalz geschehe. Für die Hardtgemeinden namentlich aber sei schon mehr geschehen, als für den Forst und für die Gemeinden selbst gut sei. Eine vermehrte Abgabe sei schon deshalb unthunlich, weil ein großer Theil des Hardtwaldes durch Raupen gänzlich zerstört sei.

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

Abg. Gschrey: Es sei für die Landwirthe so viel in

dieser Beziehung geschehen, daß sie sich nicht wohl beklagen könnten.

Bei §. 11, Besoldung der Forstinspektoren 14,700 fl., bemerkt der Kommissionsbericht:

„Nachdem bei der Berathung des Kommissionsberichts über die Rechnungsnachweisungen wegen Aufhebung der Forstinspektionen Erörterungen stattgefunden haben und dabei geäußert worden ist, daß dieser Gegenstand bei Berathung des Budgets angeregt werden könnte, hat auch Ihre Kommission demselben ihre Aufmerksamkeit gewidmet; allein es sind ihr keine Mängel über das Institut bekannt geworden, welche die Kommission bestimmen könnten, die geforderte Summe zu beanstanden.“

Abg. Schwarzmann: Die unlängst über diesen Gegenstand stattgefundene kurze Diskussion sei Veranlassung gewesen, daß verschiedene Bezirksförster ihre Ansichten dem Präsidenten des Finanzministeriums geäußert hätten, welcher in loyalster Weise Berücksichtigung zugesagt habe. Die Regierung werde sich mit der Sache beschäftigen.

Nach seiner Ansicht, die weder durch politische noch finanzielle Rücksichten geleitet werde, sei das Institut der Forstinspektionen nicht zu billigen, da nach zwei Richtungen hin für ein und dieselbe Funktion zwei verschiedene Organe thätig seien, während jeder lebenskräftige Organismus seine selbständige Funktion haben müsse. Die der Theorie nach zu mißbilligende Einrichtung habe sich auch in der Praxis nicht bewährt; Thatsache sei es, daß fast alle und gerade die wichtigsten Bezirksförster sich dagegen ausgesprochen haben. Das deutet auf vorhandene Mißstände. Diese letzteren befänden hauptsächlich in der Abhängigkeit der Bezirksförsterei von einer Behörde, die keine eigentlich übergeordnete sei und doch in Alles hinein sehe, in der dadurch veranlassenen Weisungslosigkeit und Verschleppung der Geschäfte. Nach oben bestehe ein Mißstand darin, daß die Forstdirektion durch diese Mittelstelle die Angelegenheiten nicht selbst sehe, sondern erst durch die Brille eines Andern. Diesen Mißständen sei nur dadurch zu begegnen, daß man die Forstinspektionen aufhebe und die Bezirksförster selbständig mache.

Die Funktion der Forstinspektionen, nämlich zunächst die Kontrolle des Holzes, sei eine unabhängige und geschehe viel besser durch die Konfurrenten; die weitere Funktion, Genehmigung der Wirtschaftspläne und Kulturplne, sei eben so überflüssig, weil, wenn Gemeinde und Bezirksförster in der Bewirtschaftung einig sind, dies vollaugend genüge, und eine weitere Bevormundung der Gemeinde der Zeitrichtung widerspreche. Die übrigen Funktionen der Forstinspektionen seien gleich mit denen der Direktion der Berg- und Hüttenwerke; warum aber diese Funktionen zweimal und von zwei verschiedenen Behörden geschehen sollen, sei nicht einzusehen. Durch die Aufhebung der Inspektionen würde die Forstdirektion mit eigenen Augen überall sehen und ihre beraufsicht würde eine viel wirksamere sein.

Abg. Spohn: Nach seiner Erfahrung sei das Institut der Forstinspektionen, als reiner Prüfungs- und Visitationen behörden, ein zweckmässiges und notwendiges. Eine eingehende Prüfung durch die Direktion selbst sei nicht gut möglich, man mste dann doch die Forstinspektoren zu Mitgliedern der Direktion, zu Forststrhen machen, und damit wäre weiter nichts erreicht. Auch solle man die Aussicht auf Avancement durch Aufhebung der Forstinspektionen nicht abschneiden.

Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann: Das von den Bezirksfrstern eingereichte Promemoria werde gepruft und darnach entschieden werden, nicht ob die Forstinspektionen aufgehoben werden, sondern ob und in welcher Richtung Aenderungen in der Kontrollbehörde eintreten sollen.

Abg. Schmitt: Der Umstand, daß die meisten Bezirksförster gegen das Institut der Forstinspektionen seien, spreche seiner Ansicht nach eben so gut, wenn nicht mehr, für, als gegen das Institut.

Abg. Krausmann spricht vom Standpunkt der Gemeinden aus, für die eine genaue Kontrolle sehr wichtig sei, für Verbeibehaltung der Forstinspektionen.

Nachdem noch die Abgeordneten Seiz, Kirsner, Heidenreich, Kusel, Knies, der Präsident des großh. Finanzministeriums, Geh. Rath Vogelmann, und der Berichtserstatter Fischler gesprochen, wird §. 11 angenommen.

In §. 15 werden für Gehalte der Bezirksforsteigehilfen verlangt 6000 fl. Der Bericht bemerkt hierüber: Bewilligt waren früher nur 5000 fl.; der Aufwand pro 1860 war nur 4918 fl., 1859 4,899 fl. 28 kr., und pro 1858 4012 fl. 11 kr.

Bis jetzt bestand eine Gehaltsklasse von 350 fl., welche jetzt als zu nieder erachtet wird. Sie sollen jetzt zu 400 fl., 450 fl. und 500 fl. festgesetzt werden. Gegen diese Gehaltsaufbesserungen hat man nichts zu erinnern, dagegen hält man 600 fl. für Aushilfe in Ertrankungsfllen für zu hoch, bisher war gar nichts vorgesehen, und wenn der seitherige Gehalt von 5000 fl. auf 5400 fl. erhöht wird, so wird damit auszureichen sein, da hier immerhin, wie bisher, Vakaturen vorkommen, woraus sich die nöthigen Mittel schöpfen lassen werden; wir schlagen daher vor, statt 6000 fl. zu bewilligen 5400 fl.

Diesem Antrag tritt die Kammer ohne Diskussion bei. Ebenso wird der Schlusssatz, die Einnahmen mit 1,929,010 fl., die Ausgaben mit 803,826 fl. genehmigen zu wollen, angenommen.

III. Berg- und Httenverwaltung. Tit. II. Allgemeine Verwaltungskosten, §. 6. Gehalte, werden verlangt 9300 fl., im letzten Budget waren 300 fl. weniger genehmigt, und pro 1860 sind auch nur 8844 fl. 58 kr. verausgabt; da aber ein Dienstverweiger auf den Gehaltsbetrag übernommen worden ist, derselbe jedoch wegen Verkaufs des einen Hüttenwerks disponibel geworden ist, so ist ein Gehalt von 800 fl. von 9300 fl. abzuziehen, und es werden zu genehmigen beantragt nur 8500 fl.

Dieser Antrag, sowie der Schlusssatz, die Einnahmen mit 623,911 fl., die Ausgaben mit 586,178 fl., die Reinein-

nahme mit 37,733 fl. genehmigen zu wollen, wird ohne Diskussion angenommen.

Schluß der Sitzung.

† Karlsruhe, 11. März. Zehnte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 13. März, Morgens 10 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Diskussion des Berichts des Regierungsraths Dr. Jolly über die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs im Großherzogthum. 3) Wahl einer Kommission für den Gesetzentwurf, den allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisenfond betreffend.

Deutschland.

* Karlsruhe, 11. März. In der Mller Gllp'schen Sache geben uns abermals zwei Zuschriften zu, eine Replik des Hrn. Bezirksingenieurs Bart auf die Gegenklrung des Hrn. Gll selbst. Weiteres wird uns gleichzeitig noch in Aussicht gestellt. Nachdem wir jedoch die eingehenden Verhandlungen der Zweiten Kammer in möglichster Ausführlichkeit gebracht, und nachdem wir dann noch den Aeußerungen zweier direkt beteiligten Techniker Raum gegeben, müssen wir die Debatte, die sich ins Endlose fortzuspinnen droht, in unserm Blatt jetzt für geschlossen erklären.

|| Durlach, 10. März. Am 7. d. hat uns der nach Heidelberg bei Keuzingen ernannte kath. Geistliche Hr. Kamm verlassen, um seine neue Stelle anzutreten. Man bedauert hier allgemein seinen Abgang, da er sich während seiner 5- bis 6jhrigen Wirksamkeit in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses, eine allgemeine, ungetheilte, aufrichtige Achtung erworben hat. Ueber der letzten Ruheplätze eines andern Ehrenmannes hat sich vorgestern die Erde geschlossen. Hr. Hofgerichtsrath Camerer, welcher nach langjährigem, treuem Dienste bei dem Gericht des Landes seit einigen Jahren hier die wohlverdiente Ruhe genossen hatte, ist am 7. d. in Folge eingetretener Altersschwäche und hinzugekommener Lungenlähmung gestorben. Ehre seinem Andenken!

± Mannheim, 10. März. Die Tagesordnung für die bevorstehende Schwurgerichtssitzung für das I. Quartal d. J. wurde einstweilen festgesetzt, wie folgt:

1) Mittwoch den 26. März d. J.: die Anklage gegen Johann Philipp Stumpf von Eberbach wegen Tödtung; Verteidiger: Hr. D. G. Adv. Dr. Vadenburg;

2) Donnerstag den 27.: Anklage gegen Heinrich Gginger von Hngheim wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit.

Ob noch ein dritter Fall wegen gefährlichen Diebstahls zur Verhandlung kommen wird, ist noch ungewis.

* Von der Rhein, 9. März. Ein frecher Diebstahl hat unsere Gegend in den letzten Tagen in unangenehme Aufregung versetzt. In der Nacht vom 6. auf den 7. d. M. wurde im Läden zu Dberkirch eingebrochen und dem Bijoutier Krieger, wie wir hören, sein ganzer Vorrath an Gold- und Silberwaaren geraubt. Leider beschränkt sich das Verbrechen nicht auf diese Unthat. Die Diebe nahmen auch die heiligen Geräthe der Oberkircher Protestanten, werthvolle Abendmahlsgefße, welche Hr. Krieger in Verwahrung hatte, mit, so daß der Frevler, wenn man will, den Charakter eines Kirchenraubs annimmt. Unfer innigster Wunsch ist, daß es dem Arm der Gerechtigkeit gelingen möge, der Thäter habhaft zu werden, ehe sie ihren Raub in Sicherheit bringen.

± Aus dem hauensteinischen Rheinthale, 9. März. Das heutige Fridolinsfest ist, vom schönsten Vorfrhlingswetter begünstigt, heute unter ungewöhnlichem Andrang von Wallfahrern und Schaulustigen aus dem hauensteinischen, dem Rhein- und Fridthal in der alten Waldstadt Säckingen gefeiert worden. Seit der Eisenweg mit seinen Dampfzuges den Verkehr so ungemein erleichtert, mehren sich bei günstiger Witterung die Festbesucher von Jahr zu Jahr. Außer den gewöhnlichen Bahnzgen brachte ein außerordentlicher Zug zwischen Waldsht und Säckingen in mehr als 20 dichtgepflnnten Wagen einen Theil der Festgäste an ihren Bestimmungsort und wieder zurück. Von dem Jubrange wird man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß auf der Station Laufenburg am Morgen etwa 300 Personen einstiegen. Säckingen war fast überflutet.

± Konstanz, 8. März. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Schwurgerichts des Oberkreises folgende Haupt- und Ersatzgeschworne gezogen:

- I. Hauptgeschworne: 1) W. Frei, Wirth von Hfingen. 2) W. Baumann, Bürgermeister von Hohenbimmann. 3) J. Bauer, Gerber von Pfullendorf. 4) J. Bggle, Mller von Immendingen. 5) C. Schble, Gastwirth von Riedheim. 6) K. Munding, Weinbauer von Mestrich. 7) Fr. J. Degen, Gemeindevorsteher von Engen. 8) W. Ewin, Bürgermeister von Schwblichausen. 9) W. Trummer, Wirth von Wollmatingen. 10) W. Frter, Bürgermeister von Werdorf. 11) W. Greuzburg, Sttungerevisor von Konstanz. 12) W. Benz, Gemeindevorsteher von Allmannsdorf. 13) G. Schreff, Bürgermeister von Dettingen. 14) W. Meck, Buchhändler von Konstanz. 15) E. Schmidt, Buchhändler von Donaueschingen. 16) J. Brummel, f. f. Hofrath von Donaueschingen. 17) J. Nele, Gastwirth und Gemeindevorsteher von Brunnadern. 18) A. Graf, Landwirth von Bettmann. 19) U. Gstle, Gemeindevorsteher von Itzendorf. 20) J. W. Kallwoda, f. f. Kapellmeister von Donaueschingen. 21) E. Schch, Gastwirth und Gemeindevorsteher von Hfingen. 22) J. Kaiser, Bürgermeister von Neuhausen. 23) Fr. Schmidt, Kunsthändler von Konstanz. 24) K. Kaiser, Sanplamtoverwalter von Randegg. 25) A. Fühler, Kaufmann und Gemeindevorsteher von Stodach. 26) K. v. Dv., Gemeindevorsteher von Hfingen. 27) J. Wble, Gemeindevorsteher von Weerdorf. 28) K. S. P. Wid., Hauptamtsverwalter von Ludwigsst. 29) K. Ruf, Gemeindevorsteher von Stfingen. 30) J. Gner, Gastwirth und Gemeindevorsteher von Bredlen. 31) B. Orfinger, Bürgermeister von Eigeltingen. 32) B. Widenhorn, Gemeindevorsteher von Eigeltingen.

von Sippingen. 33) J. Ruf, Mller von Gaienhofen. 34) J. Jaller, Private und Gemeindevorsteher von Oberstfisch. 35) K. Thum, Gemeindevorsteher von Homberg. 36) E. Wollmann, Gemeindevorsteher von Oberstfischlingen.

II. Ersatzgeschworne: 1) B. Wers, peni. Amtmann. 2) K. Schaller, Posthalter. 3) W. Wbl., Zimmermeister. 4) W. Raf, Handelsmann. 5) K. Gebhard-Pol, Private. 6) K. v. Griesmar, Private. 7) J. V. Doburg, Gemeindevorsteher. 8) K. Knau, Zimmermeister. Smmlich von Konstanz.

Die Schwurgerichts-Sitzung beginnt am Donnerstag den 27. d. M., und wird die Tagesordnung drei Fälle, nämlich zwei Brandstiftungen und einen Versuch eines gefährlichen Diebstahls, umfassen.

Kassel, 8. März. Der Bescheid des Ministeriums an die Mitglieder des in der Gründung begriffenen Schngvereins lautet der „Ztg. f. Nord.“ zufolge wörtlich folgendermaßen:

Die Regierung dahier, an welche die dorthin gehörigen Akten zurückgehen, hat den Mitgliedern des dahier in Bildung begriffenen Schngvereins zu erklären, daß sie sich in Anbetracht an den sogenannten deutschen Schngbund zu konstituieren beabsichtigen, dieser aber ausgesprochenen Maßen politische Tendenzen verfolge, während man eine solcher Art unabhängig von der Staatsgewalt organisierte bewaffnete Macht in keiner Weise dulden könne, die Wbung ihres Vereins nicht zugelassen werde. — Volmar.

Kassel, 9. März. Es läßt sich denken, daß bei der Ungewisheit der Lage die Stadt mit Gerüchten angefüllt ist. Ministerlisten zirkuliren in großer Zahl. So viel ist gewis, daß, nachdem gestern im Bande der gemeinschaftliche Antrag Preussens und Preussens wegen Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gestellt ist, das Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung sich nicht mehr halten kann. Welcher Art das neue Ministerium sein wird, weiß man nicht; aber in Illusionen wiegt sich kein Mensch. Denn das weiß man, daß der Kurfürst ein liberales Ministerium, wie es dem Geist der Verfassung von 1831 entspräche, gewis nur jgernd und ungern sehen würde. Die Hauptfrage ist indessen jetzt weniger: welches Ministerium werden wir erhalten, als: welches Wahlgesetz wird als das rechtmässige anerkannt? Das Land strebt wie ein Mann für das Wahlgesetz von 1849, nicht um es zu behalten, sondern um es an den neuen Rechtszustand anzuknüpfen.

* Koblenz, 8. März. Die Städte und Landgemeinden der rechten Rheinseite haben schon zu verschiedenen Malen Zusammenkunft gehalten, um sich über die Schritte zu verhandeln, die in ihrem gemeinschaftlichen Interesse einzuleiten wären, um ihrer Gegend die schon seit langer Zeit gewünschte Eisenbahn zu verschaffen, die als eine Fortsetzung der Coblenzbahn (welche bekanntlich bei Ehrenbreitstein endigen soll) nach Siegburg gefhrt und dort in die Köln-Giesener Bahn einmünden würde. Da die bisherigen Bemühungen für diesen Zweck ohne Erfolg geblieben sind, so wird in diesen Tagen zu Neuwied eine Versammlung der Vertreter aller bei dieser Bahn interessirten Orte stattfinden, auf welcher der Antrag gestellt werden wird, Alles aufzubieten, was zum Ziele führen kann, selbst namhafte Opfer zu bringen, um die Staatsregierung zu Gewährung der zu erbittenden Zinsgarantie zu veranlassen. Es ist bemerkenswerth, daß auch viele nassauische Orte an der Versammlung Theil nehmen werden.

Von den bei unserer Artillerie einzuführenden leichten Vierpndern sind bereits einige hier eingetroffen. Die schöne Arbeit an denselben ist auffallend, sowie auch der Umstand, daß diese Geschtze bestimmt ist, der Bedienungsmannschaft auf der Probe einen Siegplatz zu gewähren, also die bei uns noch nicht bekannte fahrende Artillerie einzuführen. Erhält jede der 9 Artilleriebrigaden auch vorläufig nur eine dieser leichten Batterien, so hört man doch, daß die sehr günstig ausgefallenen Versuche, welche damit angestellt worden und die sowohl, was die Wirkung als auch die Beweglichkeit derselben betrifft, eine im Felde sehr brauchbare Waffe in diesen Kanonen gezeigt habe, eine großere Anwendung zur Folge haben werden, so daß jede Brigade eine leichte Abtheilung von vier Batterien Vierpnder erhalten wird. Damit wäre denn zugleich die schon lange beabsichtigte Vermehrung der Artillerie in unserer Armee bewerkstelligt, die danach 36 Batterien betragen würde.

Weimar, 9. März. (Fr. J.) In der gestrigen Landtags-sitzung wurden die zur Tagesordnung gekommenen Propositionen der Staatsregierung über das Verhältniß der Staatskasse zur Wertrabahn, über das Verfahren bei Vollstreckung von Geldstrafen, über die Wiedereinsetzung der Parteien in den vorigen Stand, wenn Gelehrte der Anwälte einen Nachtheil veranlassen, über den Etat der Landesgymnasien, nach den Vorträgen der betreffenden Ausschüsse, ohne Debatte angenommen. Dem Germanischen Museum in Nürnberg wurde ein jährlicher Beitrag von 60 Thalern aus Staatsmitteln bewilligt. — In der morgigen Sitzung kommt der Antrag von Frieg und Genossen, die Aufhebung der bundesmssigen Bestimmungen über die Presse und das Verbot des wesen betreffend, zur Berathung. Die Kommission ist getheilter Ansicht. Die Majorität will die Zurückziehung der Bestimmungen bei der Staatsregierung beantragen, die Minorität hingegen einen solchen Antrag nicht einbringen.

Bremen, 6. März. In der gestrigen Versammlung der bremischen Mitglieder des Nationalvereins, welche ungewöhnlich zahlreich besetzt war, wurde folgende Resolution gefaßt und beschloffen, dieselbe an das preussische Abgeordnetenhaus in Berlin zu senden:

Die hiesigen Mitglieder des deutschen Nationalvereins erklären darin, daß das preussische Abgeordnetenhaus seine wichtige Stimme in der deutschen Frage, der wichtigsten aller Zeitrgen, zu erheben im Begriff steht, ein zeitgemässes und rrentliches Zeugnis dafür, daß die preussische Volkvertretung ihrer Stellung und ihrer Pflichten gegen das deutsche Volk eingedenk ist; sie erklären ihre volle Zustimmung zu dem in der deutschen Kommission des Hauses vereinbarten und demnächst zur Berathung zu bringenden Antrag, in welchem sie einen rückhaltlosen und unumwundenen Ausdruck der Gefährdung und Erwartungen erkennen, von wels-

den das deutsche Volk seit dem Wiedereintritt seiner nationalen Bestrebungen erfüllt und getragen ist; sie hoffen zuversichtlich, daß die liberale Mehrheit des deutschen Volkes in den nationalen Forderungen, welche in dem gebachten Antrag einen so unzweideutigen Ausdruck erhalten, einen Einigungspunkt gefunden hat, auch die liberale Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses bei den Verhandlungen über die deutsche Frage alle Parteirücksichten bei Seite lassen, alle Spaltungen vermeiden, und durch einen einmütigen Beschluß jenen Forderungen Nachdruck und Gewicht verleihen werde; sie erwarten aber auch nicht minder zuversichtlich, daß das preussische Abgeordnetenhause darüber wachen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dazu mitwirken werde, daß die preussische Regierung, ihres deutschen Berufes eingedenk, diejenige Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse, welche dem nationalen Bedürfnis des deutschen Volkes und den Forderungen der deutschen nationalen Partei entspricht, offen als das Ziel ihrer Politik hinstellen und für die Bewirkung desselben thätig eintreten wird.

Berlin, 9. März. Die ministerielle „Steuern“ erklärt: „In der fürheftigen Angelegenheit hat Oesterreich sämtliche Vorschläge Preussens acceptirt, d. h. die sofortige Restituirung der Verfassung von 1831 und die Aufhebung der Verfassung von 1860 zugestanden; das Zweikammerverhältnis, den Antrag ad hoc und die Etablierung eines Proprietarys aber aufgegeben. An preussischen Vorschlägen ist nichts modificirt, viel weniger sind sie zurückgezogen worden. Das Wahlgesetz von 1849 ist eine offene Frage. Den Entschliessungen der Landesregierung ist in dieser Beziehung nicht vorgegriffen. Damit fällt die neuliche Angabe der „Kreuzzeitung“, daß Preussen das Wahlgesetz von 1849 fallen gelassen.“

Die „Kreuzzeitung“ spricht sich gegen die Maßregel einer etwaigen Kammerauflösung aus, weil die Neuwahlen ohne Vorbereitung selbst unter einem „besseren“ Ministerium ein „besseres“ Ergebnis schwerlich liefern würden, geschweige denn unter dem jetzigen Ministerium. Ihr Rezept ist vielmehr folgendes:

Wenn man verändern und verbessern will, so muß Beides mit der Regierung selbst anheben. Hier liegt die Wurzel des Übels und hier allein kann dasselbe gründlich beseitigt werden. . . . Nur ein festes, in sich einiges und geschlossenes, auf den rechten Prinzipien beruhendes, nur ein Ministerium, welches den Liberalismus nicht admet und die Demokratie nicht fürchtet, nur ein solches vermag unsere Situation wesentlich und nachhaltig zu verbessern. Und einem solchen wird es auch gelingen, das zeitige Abgeordnetenhause so zu verdrängen, daß seine Beseitigung nicht als ein gesuchter und gewaltsamer Akt, sondern als eine Maßregel der gesunden Vernunft und der politischen Nothwendigkeit erscheint. Nur keine Ueberstürzung! Noch ist Nichts verloren, wenn gleich schon Manches auf dem Spiele steht.

Die „Berl. Allg. Ztg.“, das Organ der „Gouvernementalen“, behauptet, daß man die Krisis durch einen Angriff nicht auf den reaktionären, sondern auf den liberalen Theil des Ministeriums herbeiführt habe. — Die „Nationalztg.“ dagegen steht für die Haltung der Majorität unbedingt ein; sie recapitulirt die „Sünden“ des Ministeriums, erinnert daran, daß Angesichts des Herrenhauses, das man nicht anzufassen gewagt habe, alle liberalen Vorlagen Schaugerichte gewesen seien und sagt:

Es mag nun von der Regierung selbst schon dieser erste ganz unzureichende Anlaß ergriffen werden, um den Konflikt herbeizuführen, oder sie mag ihn für den Augenblick noch umgehen: so viel steht fest, daß der gegenwärtige Zustand ein unhaltbarer geworden ist, und daß die Harmonie nur durch ein bestimmtes und klares System wiederhergestellt werden kann.

Dem Vermeynen nach hat der König das erste Erkenntnis gegen die Leutnants v. Sobbe und Puzki nicht bestätigt, sondern die Sache einem andern Armeekorps überwiesen.

Berlin. Wie man aus telegraphischen Mittheilungen weiß, gelangte die Krisis am 11. d. zur Entscheidung. Die schriftlichen Nachrichten, die uns heute vorliegen, sind vom 10., wo noch völlige Ungewißheit herrschte und ein Gerücht das andere sagte. Zur Charakterisirung der Lage theilen wir einiges Hauptfähliche von diesem Tage mit.

Unser O-Korrespondent schreibt uns: Eine definitive Entscheidung über die hiesige Kabinetskrisis ist bis heute Mittag noch nicht erfolgt. Als Thatsache steht jedoch fest, daß Sr. Maj. der König das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums ablehnend beantwortet hat. Seit der Kenntnisaufnahme von dem Gesuch wird über das Verbleiben der Minister verhandelt. An höchster Stelle soll entschieden der Wunsch vorwalten, sämtliche Kabinetsmitglieder in ihren Aemtern zu erhalten. Gestern Mittag trat das Staatsministerium unter dem Vorsth des Hrn. v. d. Heydt zu einer Beratung zusammen, welcher auch der Kronprinz beiwohnte. Heute Vormittag wurde wieder eine Ministerkonferenz abgehalten. Bei den Verhandlungen, an welchen auch der Staatsminister v. Auerswald Theil nahm, war abermals der Kronprinz zugegen. Mancherlei Gerüchte, die in den hiesigen politischen Kreisen umlaufen, sprechen von einer neuerdings in Frage stehenden Modifikation des jetzigen Kabinetts. Bald wird behauptet, die liberalen, bald die konservativen Minister würden ausscheiden. Ueber die Glaubwürdigkeit dieser Gerüchte vermögen wir bis jetzt nicht zu urtheilen. Bemerkenswerth erscheint es, daß jede Partei Neigung zeigt, diejenige Aenderung für wahrscheinlich zu halten, welche ihren Wünschen nicht entspricht. Auch von parlamentarischer Seite sollen noch fortwährend Ausgleichungsversuche im Gange sein. Namentlich spricht man von lebhaften Anstrengungen der gemäßigt-liberalen Fraktionen, um eine gütliche Beilegung des vorhandenen Konflikts zu bewirken. Ob dies gelingen werde, läßt sich nicht absehen. Versuche zu einer Verständigung zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhause werden von mehreren Seiten mit angelegentlichem Eifer unternommen. Dabei erhalten sich aber die Gerüchte von noch fortwährenden Beratungen über eine Auflösung oder eine Vertagung des Abgeordnetenhauses. Ein Haars Urtheil über den eigentlichen Stand dieser Frage läßt sich bei dem Gemirr von einander widersprechenden Behauptungen noch nicht gewinnen.

Die „Korresp. Stern“ schreibt: Es steht fest, daß S. M.

der König die eingereichte Entlassung des Gesamtministeriums nicht angenommen hat, daß das ganze Ministerium in Aente verbleibt und seit heute Vormittag 10 Uhr die Modalitäten beräth, unter denen das Bleiben möglich ist. Zu diesen Modalitäten gehört die Auflösung des Abgeordnetenhauses, welche durch eine Vertagung eingeleitet werden wird. Man behauptet ferner, die Regierung werde der neuen Kammer eine neue Militärvorlage einbringen, in welcher von dem Zuschlage von 25 Proz. zu den Steuern Abstand genommen wird. Die Ausführung des Hagen'schen Antrags schon pro 1862 wird von Finanzautoritäten für praktisch unausführbar gehalten. Beide Häuser des Landtags sind auf morgen zur Entgegennahme von Mittheilungen Seitens der Regierung zu Plenarsitzungen zusammenberufen.

Glogau, 7. März. Der „Nat. Ztg.“ wird geschrieben: Der Telegraph hat Ihnen bereits die Flucht der Leutnants v. Sobbe und Puzki gemeldet. Es ist bis jetzt keine Spur vorhanden, wie und durch welche Hilfe dieselbe möglich war und welche Richtung die Flüchtigen eingeschlagen haben. Sie befanden sich in einer Unterhübsungsbahn, die milde gebauet wurde; denn sie konnten täglich in Begleitung eines Offiziers sich auf den öffentlichen Promenaden ergehen und befanden sich in ihrem Zimmer nicht eingeschlossen. Man nahm hier an, daß Beide ihr Ehrenwort gegeben hätten, nicht zu entfliehen. Als gestern Nachmittag ein Offizier sie zu einem Spaziergang abholen wollte, war das Zimmer, welches sie bewohnten, leer. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Man vermutet, daß Beide bereits am gestrigen Morgen die Festung verlassen und das Weite gesucht haben. Die allerhöchste Entscheidung über das kriegsgerichtliche Urtheil ist bis heute noch nicht hier eingetroffen.

Wien, 8. März. (A. Z.) Hiesige, sowie auch ausländische Blätter wollen von der Abberufung des österreichischen Gesandten in Kassel, Grafen Karnizki, wissen. Die Sache ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Graf Karnizki hat sich stets und besonders in der letzten Zeit, zur vollsten Zufriedenheit seiner Regierung benommen. — Der Kaiser wird einige Zeit in Venedig verbleiben, erneuerte Truppeninspektionen werden stattfinden; auch spricht man von einem Seeausflug längs der dalmatischen Küste und Besichtigung der verschiedenen Hafenbefestigungen. Unterdeß wird Erzherzog Rainer hier in Wien als Aller ego den Kaiser vertreten. Die Ministerkonferenzen finden täglich statt, so auch heute.

Oesterreichische Monarchie.

Wesib, 8. März. „Jedof Tanuja“ meldet die Freilassung des Abgeordneten Birgil Szilagyi. Derselbe soll durch nichts kompromittirt erscheinen.

Wesib, 8. März. Ein allerhöchstes Reskript an die königl. Kurie überträgt die Entscheidung der appellirten summarischen Repositions- und Grenzregulierungs-Prozesse in Zukunft den Appellhöfen des Landes.

WC. Lemberg, 2. März. Heute in der Nacht starb hier der Bischof von Przemyel, Adam Jasinski.

Frankreich.

Paris, 10. März. Der Finanzminister veröffentlicht heute im „Moniteur“ seinen Vortrag über das Ergebnis der Reutenumwandlung. Diesem Vortrag zufolge wurden ungefähr $\frac{1}{2}$ der $4\frac{1}{2}$ Proz. und 4 Proz. Rente umgewandelt, d. h. es sind noch 42,893,616 Fr. von der Totalsumme von 174,151,366 Fr. übrig. Wie man sich erinnert, glaubte Jourd in seinem ersten Berichte an den Kaiser, daß 300 Millionen in die Staatskasse fließen würden. Es ergeben sich jedoch nur 155 Millionen. Inzwischen ist der Finanzminister der Ansicht, daß der erstrebte Zweck im Wesentlichen doch erreicht sei. Es wird übrigens nicht angegeben, wann diese Erleichterung der schwebenden Schuld um 155 Millionen eintreten wird, da bekanntlich eine Frist von 18 Monaten für Einzahlung des Aufgeldes eingeräumt wurde. Was die restirenden 42 Millionen Rente betrifft, so behält Hr. Jourd sich weitem Vortrag vor. — Der Direktor des „Presdepartements“, Hr. Imhaus, ist an einer Brustentzündung erkrankt. — Zu der in Paris, Rue Notre Dame de Nazareth, bestehenden Synagoge sollen nun noch zwei israelitische Tempel gebaut werden, der eine im 9. Arrondissement, Rue de la Victoire, der andere im Marais, wo ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung wohnt. Die Kosten für den Grund und Boden und den Bau dieser beiden Synagogen sind auf 3 Millionen veranschlagt. Die eine Hälfte, den Grund und Boden, gibt die Stadt, die übrigen 1,500,000 Fr. sollen mittelst Emission von Obligationen, wie jene der Eisenbahnen, aufgebracht werden. 500,000 Fr. wurden nach Beschlußfassung sofort eingezahlt. Rothschild subskribirte 200,000 Fr., das Haus Kann 45,000 Fr. u. s. w. — Von den Verhaftungen ist es wieder still geworden, doch ist die Polizei thätiger und wachsam als je. Man versichert in der That, daß den Meldungen der Gesandtschaft zufolge, drei beim Ostindischen Komptoir kompromittirte Individuen London am Samstag verlassen, um dem Kontinente einen Besuch abzustatten — ein Umstand, welcher die Besorgnisse der Polizei allerdings rechtfertigt. — Seit der Ernennung des Hrn. Rattazzi sind die Beziehungen zwischen Hrn. v. Nigra und Hrn. Thouvenel sehr häufig geworden. In den Tuilerien würde man es sehr gern sehen, wenn die auswärtigen Angelegenheiten Hrn. v. Villamarina übertragen würden; man behauptet sogar, der Kaiser habe in dieser Beziehung einen Brief an Bischof Emanuel gerichtet. Darüber — daß bei der Versammlung des Komitees der Gesellschaft „Provedimento“ in Genua, Angesichts der französischen Fahnen, welche mit den italienischen den Saal schmückten, ein einstimmiges Hoch auf Mazzini ausgebracht wurde, dürfte man dagegen in den Tuilerien wenig erbaut sein. — In diesem Augenblicke befinden sich Verdi, Tamberli, Meyerbeer, Dickens und Liszt in Paris. — Die heutige Börse war abermals sehr geschäftlos. Rente, welche zu 70 05 eröffnete, fiel auf 69.75, um zu 69.90 zu schließen. Italienische Anleihe stau zu 67.90.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. (H. Vb.) Der Reichsrath hat in zweiter Lesung mit 45 gegen 3 Stimmen das Gesetz wegen Verleihung des Indigenatsrechts an verschiedene Ausländer unter der Bedingung angenommen, daß gleichzeitig mit der Sanktion des Gesetzes dieselbe Bestimmung für Holstein gegeben werde.

Ionische Inseln.

Corfu, 4. März. Das Parlament hat seine erste Sitzung abgehalten. Der Alterspräsident Livada ermahnte die Deputirten, ihre Wünsche wegen der Vereinigung der Ionischen Inseln mit Griechenland auszusprechen; fast alle Deputirten thaten dies. Man glaubt, die Versammlung werde sich einstimmig in diesem Sinne aussprechen.

Großbritannien.

London, 10. März. (Mannh. Z.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Layard die Interpellation über Mexiko. Er sagte: England sei mit der Proklamirung bezüglich der künftigen Regierung Mexiko's nicht einverstanden. England wolle nur die Vollziehung der Verpflichtungen Mexiko's reklamiren. Der Präsident Juarez sei disponirt, zu unterhandeln, und er hoffe, daß extreme Maßregeln unnöthig sein würden.

Amerika.

Neu-York, 26. Febr. Ueber die Räumung Nashville's durch die Separatisten und die Besetzung desselben durch Unionstruppen zirkuliren widersprechende Gerüchte. Man erwartet jedoch eine Schlacht in der Nähe von Nashville.

Bera-Cruz, 9. Febr. Die Krankheiten in den Armen der Allirten haben besonders die Spanier betroffen. Bis jetzt hat noch keine Vorwärtsbewegung der Allirten stattgefunden, dieselben werden erst am 20. Febr. vorwärts rücken. General Prim ist sehr streng gegen die Bewohner von Bera-Cruz und hat ihnen starke Steuern auferlegt. Eine Revolution ist in Honduras ausgebrochen; das erste Opfer war der Präsident, welcher ermordet worden ist.

Vermischte Nachrichten.

* **Karlsruhe, 11. März.** Das Konzert von Hrn. Emilie Genast, anfänglich auf Montag 10. d. bestimmt, wird nun morgen, 12. d., im Foyer des groß. Hoftheaters stattfinden. Wir glauben noch einmal darauf aufmerksam machen zu müssen, da wir inzwischen Gelegenheit hatten, uns selbst davon zu überzeugen, daß Hrn. Genast eine ganz ungewöhnliche Erscheinung auf dem Gebiete des Lieber- und Romantzengefänges ist.

* **Karlsruhe, 10. März.** Hr. Ringsackant J. Petry dahier ist so eben in den Besitz eines Hundes alter Münzen und Brakteaten gekommen, auf welchen wir Münzkabinette, Münzensammler und Alterthumsforscher aufmerksam machen. Hr. Petry, welcher die Silbermünzen zum Einschmelzen gekauft hat, soll sich auf Zureden bereit erklärt haben, den Hund abzugeben und deshalb mit dessen Einschmelzung noch zu warten.

— **Konstanz, 5. März.** (Sch. M.) Der gestern von unserer Sängerrunde Boban trotz rauher und ungünstiger Witterung veranstaltete Maskenzug war einer der schönsten, die seit Jahren in Konstanz zur Aufführung gelangten. Zu diesem Schauspiel hatten sich eine Menge Zuschauer aus der benachbarten Schweiz eingefunden, so daß die Straßen der Stadt, durch welche der städtische Zug sich bewegte, dicht besetzt waren. Die Trachten der Volkstheater Europas gewährten einen bunten, malerischen Anblick; auch Frau Germania, nach dem bekannten Bilde auf der Wacht am Rhein, sowie der deutsche Michel mit den vielen Staaten schlen nicht im Zuge. Das Ganze war, wie gesagt, sehr gelungen und hat überall befriedigt.

— **München, 8. März.** Der von Seiten des Papstes an die Bischöfe ergangene Einladungs nach Rom werden von Seiten des bayerischen Episkopats der Erzbischof von Bamberg und die Bischöfe von Würzburg und Speier Folge leisten.

* **Dumollard, welcher, wie bekannt, vergangenden Freitag hingerichtet wurde, war in seinen letzten Augenblicken eben so unbedürftig wie bei den Gerichtsverhandlungen. Sicher ist es aber, daß diese Gleichgültigkeit eher der Dummheit als einer außerordentlichen Willensstärke zuzuschreiben ist. Kurz vor seinem Tode gab man ihm ein Glas spanischen Wein und eine Tasse Kaffee zu trinken, die er in kurzen Zügen und mit sichtbarem Behagen schlürfte. Er unterhielt sich dabei mit den anwesenden Personen über seine Aedter und Weinberge, und that, als wenn er bei der ganzen Sache am allerwenigsten betheiliget wäre. Ein Arzt besuchte ihn mehrmals den Puls und fand ihn normal, obwohl ein wenig häufig, aber sonst auch nicht das Geringste von nervösem Schauer, Krampf u. dgl. Trotz inländischer Bitten ließ sich Dumollard auf kein Gehändnis ein, und als man ihm Hoffnung machte, daß dasselbe einen Aufschub der Strafe, auch vielleicht eine Umwandlung derselben zur Folge haben könne, so erklärte er, lieber sterben zu wollen, als im Bagno zu leben, wo man schlecht genährt werde und vor Hunger umkäme. Als er am Fuße des Schaffots angekommen war, konnte er sich aber doch des Gefühls nicht erwehren, mit den beiden Geißlichen niederzuknien und ein langes Gebet zu verrichten. Der Richter mußte ihn daran erinnern, daß es Zeit sei. Er umarmte die Geißlichen und stieg die Stufen des Schaffots hinauf, wobei ihn ein leichter Schwindel überfiel. Er half seine Oberkleider ausziehen, und fünf Minuten später war sein Verbrechen gefährt. Im Augenblicke, wo der Kopf fiel, erhob sich ein vielstimmiges Geschrei, das einem Hurrah nicht unähnlich war; auch sah man Hüte und Stöcke schwenken. Die Zahl der Zuschauer betrug ungefähr 5 bis 6000, worunter sehr viele Frauen. Der Kopf des Delinquenten wurde an die medizinische Fakultät in Lyon gesandt.**

* **Hamburg, 7. März.** Das Hamburg-Neu-Yorker Postdampfschiff „Teutonia“, Kapitän Laube, welches am 28. Jan. von hier nach am 1. Febr. von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 15 Tagen am 16. Febr. wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Verantwortlicher Redakteur:

Hr. J. Hermann

3.h.71. Altbreisach. Tiefbetäubt...
Johann Jakob Serauer dahier...

3.h.98. Baden. Allen ensernten...
Barbara Serauer, geb. Mayer.

3.h.100. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.101. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.102. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.103. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.104. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.105. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.106. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.107. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.108. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.109. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.110. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.111. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.112. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.113. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.114. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.115. Freiburg. In tiefem...
Freiherr Hannibal von Schauenburg...

3.h.980. Karlsruhe. 4 1/2%...
Die Unterzeichneten nehmen Subskriptionen auf...

3.h.99. Baden. Rechnungs-Gehilfenstelle...
Die Gehilfenstelle bei diesseitiger Stadtver...

3.h.100. Karlsruhe. Auerbieten...
Eine kleine Familie wünscht auf den...

3.h.101. Karlsruhe. Kellnergesuch...
In einem Gasthof ersten Ranges dahier...

3.h.102. Karlsruhe. Geschäftseröffnung...
Einem geehrten Publikum mache ich...

3.h.103. Karlsruhe. Wilh. Deß Wittve...
Der Babort Baden im Kanton Argau...

3.h.104. Karlsruhe. Wachtgesuch...
Von einem tüchtigen, kantonsfähigen Detonanten...

3.h.105. Karlsruhe. Verpachtung...
Das Gasthaus zum Springbrunnen...

3.h.106. Karlsruhe. Versteigerung...
Montag den 17. März, Morgens 9 Uhr...

3.h.107. Karlsruhe. Die Verwaltung...
Hamb. Amerik. Packst.-Act.-Gesellschaft...

3.h.108. Karlsruhe. Direkte Post-Dampfschiffahrt...
zwischen Hamburg und New-York...

3.h.109. Karlsruhe. Allgemeine Versorgungsanstalt...
im Großherzogthum Baden.

3.h.110. Karlsruhe. Bekannmachung...
Die im Monat Mai 1862 abzuhaltende...

3.h.111. Karlsruhe. Bekannmachung...
Diejenigen Mitglieder der Versorgungsanstalt...

3.h.112. Karlsruhe. Bekannmachung...
Die im Monat Mai 1862 abzuhaltende...

3.h.113. Karlsruhe. Bekannmachung...
Diejenigen Mitglieder der Versorgungsanstalt...

3.h.114. Karlsruhe. Bekannmachung...
Die im Monat Mai 1862 abzuhaltende...

3.h.115. Karlsruhe. Bekannmachung...
Diejenigen Mitglieder der Versorgungsanstalt...

3.h.101. Heidelberg. Pferdeversteigerung...
Donnerstag den 13. März, Vormittags 11 Uhr...

3.h.102. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.103. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.104. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.105. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.106. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.107. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.108. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.109. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.110. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.111. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.112. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.113. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.114. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.115. Karlsruhe. Bekannmachung...
Höherem Auftrag zufolge sollen die Arbeiten für...

3.h.53. Zödingen. Holzversteigerung...
Am Donnerstag den 20. März, Vormittags 10 Uhr...

3.h.120. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.121. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.122. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.123. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.124. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.125. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.126. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.127. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.128. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.129. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

3.h.130. Durmersheim. Forststammholz-Versteigerung...
Montag den 17. und Dienstag den 18. März...

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Montag, 10. März. Table with columns for Staatspapiere, Anleihen-Loose, Wechsel-Kurse, and Gold-Sorten.